



Bürgerinitiative – Stopp die Steinbrucherweiterung in Burglengenfeld

Forderungen:

- Straßensperrungen für Sprengungen sind nicht hinnehmbar und auszuschließen, auch um Rettungswege jederzeit freizuhalten
- Der Sprengradius zur Wohnbebauung muss min. 300 m betragen
- Den Anrainern ist die Beweislastumkehr schriftlich zuzusichern, alternativ ist durch ein Gutachten, welches den Ist-Zustand festhält und ausgehändigt wird, eine Grundlage für etwaige Entschädigungsleistungen zu schaffen. Weiter sind diese durch Heidelberg Materials, basierend auf zu erstellenden Gutachten, für den Wertverfall Ihrer Immobilien durch die Erweiterung zu entschädigen
- Wir fordern den Ausgleich klimaschädlicher Auswirkungen des Abbaus und der Produktion durch HM vor Ort
- Es sind unabhängige stationäre Messstellen auf den Außengrenzen des Steinbruches aufzustellen, um Erschütterungen, die Luftqualität sowie das Mikroklima und deren Auswirkungen auf die Umgebung erfassen zu können
- Im Umkreis von ca. 5 km um das Zementwerk sind unabhängige Messstellen einzurichten, welche Immissionen wie Luftschadstoffe sowie Staubpartikel erfassen
- Die Stadt Burglengenfeld ist für die entstandenen Schäden verursacht durch Heidelberg Materials zu entschädigen. Wir fordern hierzu eine jährliche Pauschale von 500.000€, welche für die Restlaufzeit des Steinbruches zu leisten ist
- Die Ausgleichsfläche für die Feldlerche (12 ha) sind im Bereich des Steinbruches zu verwirklichen
- Wir fordern weiter, dass Heidelberg Materials sein soziales Engagement in Burglengenfeld und Umgebung wieder aufleben lässt und Vereine wie aber auch die Freiwillige Feuerwehr mit Spenden unterstützt
- Im Falle einer Erweiterung muss 2066 endlich Schluss sein und die Fläche ist an die Natur zurückzuführen, ein Steinbruchsee entspricht hierbei sinngemäß keiner Renaturierung. Es ist Lebensraum für heimische Tiere zu schaffen, z.B. über das Anlegen von Grünland oder Wald
- Ein weiteres Absenken des Grundwasserspiegels in der Vorstadt und im Umland ist zu unterlassen
- Es müssen auch alternative Abbaumöglichkeiten zum Sprengen geprüft werden
- Das Trinkwassernetz aus starren Eternitrohren zwischen Bubenhof, Dirnau und Richthof darf durch die Sprengungen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden
- Wir fordern die Einhaltung der zulässigen Emissionsgrenzwerte am Wärmetauscherofen (in 2023 gab es 47 Überschreitungen der Tagesmittelwerte bei 243 Messtagen)
- Wir fordern eine Reduktion des Schwerlastverkehrs im Städtedreieck verursacht durch HM